

Die unzureichende Versorgung Wiens mit Fleisch.

Wir haben im Morgenblatte die sehr überflüssigen Äußerungen des Präsidenten der neuerrichteten Fleischübernahmestelle veröffentlicht. Dieselben lauten für den Wiener Konsum, soweit er nicht an Konsumistenorganisationen angeschlossen ist oder seinen Bedarf im Gasthaus oder in Kriegsküchen deckt, wenig tröstlich. Innerhalb der eben gezogenen Grenzen fällt in Wien natürlich der Mittelstand, und der ist es, der am meisten unter der unzureichenden Fleischversorgung leidet und voraussichtlich auch weiter leiden muß. Mit Recht wird erklärt, daß die Fleischkarte erst nach Sicherstellung des Austriebes, nach Einführung der zentralen Schlachtung und bei gleichzeitiger Statuierung der Rayonierung eingeführt werden kann, und daß, da diese wesentlichen Voraussetzungen bisher nicht gegeben sind, zunächst an die Einführung der Fleischkarte nicht gedacht wird. Um die zentrale Schlachtung durchzuführen, die allein verbürgt, daß das nach Wien gebrachte Vieh rücksichtlich der Fleischausbeutung tatsächlich in einer Hand vereinigt wird, die darüber zweckentsprechend verfügen kann, müssen bauliche Herstellungen in St. Marx vorgenommen werden. Mit diesen ist zurzeit noch gar nicht begonnen worden, und wenn amtliche Kreise der Erwartung Ausdruck geben, daß diese Adaptierungen bis zum Mai vollendet sein werden und daß dann mit der Zentralschlachtung und in ihrem Gefolge mit einer rationellen Verteilung des Fleisches werde begonnen werden können, so steckt darin ein Optimismus, den zu teilen nach dem Verlauf der dreieinhalb Kriegsjahre die Bevölkerung Wiens wenig Veranlassung hat. Was in der allernächsten Zeit, also noch im März, geschehen wird, ist die Herabsetzung des Fleischpreises. Sieben Achtel des nach Wien kommenden Fleisches sollen, wenn nötig, durch Zuhilfenahme öffentlicher Geldmittel zum Preise von 8 K. 60 H. für Hinteres mit Zuzugabe, 7 K. 50 H. für Vorderes und 12 K. 50 H. für Bratenstücke abgegeben werden. Auch da muß nach den Erfahrungen auf anderen Approvisionierungsgebieten befürchtet werden, daß die Preisherabsetzung noch zu einer weiteren Verschleppung des Fleisches führen wird, daß man ohne vielstündiges Anstellen oder ohne starkes Ueberzahlen der Ware im Schleichhandel überhaupt kein Fleisch wird erhalten können.

In den Gasthäusern sind bereits Erhebungen darüber gepflogen worden, welche derselben Extremfleisch und welche Normalfleisch in ihren Betrieben verarbeiten wollen. Beide Sorten gleichzeitig darf kein Gastwirt führen. Auch für das Extremfleisch werden Preise angesetzt, die tief unter den gegenwärtigen Einkaufspreisen stehen, woraus sich mit zwingender Notwendigkeit eine starke Reduktion der Gasthauspreise ergeben müßte. Die Verordnung, daß die Fleischportion im Gasthause 11 Dekagramm wiegen muß, sollte den Verbraucher davor schützen, daß die Herabsetzung der Preise nicht etwa durch eine weitere Verkleinerung der Portionen wettgemacht wird. Auch hier ist die Bevölkerung auf den Gläubigen angewiesen. Besteht man zum Beispiel in Betracht, daß erst im Monat Februar mit großem Nachdruck verkündet wurde, daß nunmehr jeder Gastwirt gezwungen sei, ein Einheitsmenü herzustellen, das es zu einem relativ erschwinglichen Preise auch dem Mittelstand möglich macht, sich halbwegs bei einer Mahlzeit zu sättigen, daß dieses Einheitsmenü aber in den meisten Gasthäusern gar nicht aktiviert worden ist und dort, wo es der Fall war, zumeist wieder aufgelassen wurde, so regt sich Zweifel, ob die demnächst zu erwartenden Verordnungen größere praktische Wirkung üben werden als die früheren Monate.

Einschreiten der Gemeindeverwaltung.

Auch der heutige Stechviehmarkt war wie der Rinder- und Schweinemarkt in dieser Woche noch schwächer besetzt als früher, womit sich die Prognose für die Fleischversorgung der nächsten Woche von selbst ergibt.

Aus dem Rathaus wird heute abend gemeldet: Da die Not an Rindfleisch in Wien trotz der stärkeren Belieferung des Zentralviehmarktes in dieser Woche unverändert geblieben ist, hat sich der Bürgermeister heute telegraphisch an den Kriegsminister, den Ministerpräsidenten, den Ackerbauminister, den Präsidenten des Volksernährungsamtes und an die Kabinettskanzlei gewendet, damit die von Ungarn zugesicherten größeren Rinderkontingente tatsächlich abgeliefert und von den Kronländern Oesterreichs die ihnen für Wien auferlegten Rinderkontingente wirklich eingehalten werden.

Erbauung einer großen Schlachthalle und Erweiterung der Kühlanlagen in St. Marx.

Der nächsten Obmännerkonferenz des Gemeinderates wird ein Projekt, betreffend den Bau einer mit allen modernen Vorrichtungen ausgestatteten großen Schlachthalle in St. Marx, vorgelegt werden. Gleichzeitig wird eine Erweiterung der dort vorhandenen Kälteanlagen statufinden. Diese Vorkehrungen stehen mit der geplanten Großschlachtung im Zusammenhang. Der betreffende Kredit wird vom Gemeinderat wahrscheinlich in der nächsten Sitzung angeprochen werden.